

Bolo-Pascha zum Tode verurteilt.

West. 15. Febr. Bolo-Pascha wurde einstimmig wegen Verurteilung mit dem Tode zum Tode verurteilt.

Die Nachricht von dem Todesurteil kommt niemand überraschend, der in der letzten Zeit die französischen Zeitungen las. Bolo-Pascha ist das erste Opfer des Kampfes gegen den „Bolschewismus“, den Clemenceau bei seinem Regierungsantritt in Aussicht stellte, d. h. des Kampfes gegen alle, die verdächtig sind, den Gedanken an den Frieden unter das Volk gebracht oder seine Verbreitung begünstigt zu haben. Es ist an sich ohne Bedeutung, was Bolo-Pascha ist, wie denn mit der Anklage gegen ihn nicht in erster Linie seine sogenannte Spionage bestraft, sondern vielmehr der Weg bereitet werden soll, um einen Mächtigeren, Stürkeren, den ehemaligen Ministerpräsidenten Gailung zu treffen. Soweit aus dem kurzen Bericht, die aus Frankreich bisher über die Verhandlungen eingebracht sind, ersichtlich ist, hat das Gericht als hinreichend bewiesen angesehen, daß Bolo-Pascha von Deutschland Geld angenommen habe, zu dem Zweck das „Journal“ und andere große Zeitungen in seinen Besitz zu bringen, um dann durch ihre Vermittlung eine ansehnliche Werberbeit für den Frieden zu unternehmen. Der Reichshofrat Bolo, der ebenfalls (sachliche Abgeordnete Kavallerie), der in Italien wegen Hochverrats in Untersuchungshaft lag, wurde im November zum Tode, der andere Minister Brochard vor drei Jahren Gefängnis verurteilt. In welchem Maße die Anklagebehörde um Mithrasstellung ihrer Minderheiten geht, geht aus den Schlussworten des Regierungskommissars hervor, der nach einem fünfminütigen Monolog sagte: „Die erste Phase des Bolschewismus muß erstickt werden, um das Werk der „Versöhnung“ zu treffen.“ Es wird also mit klaren Worten darauf hingewiesen, daß man die Verurteilung Bolo als Einführung zur Liquidation der Gailung-Märe betrachtet. Das Todesurteil gegen Bolo-Pascha, dem mildere Umstände verweigert wurden, wird noch die Berufungsinstanz beibehalten. Es ist indes kaum anzunehmen, daß das Berufungsgericht zu einem anderen Spruch kommt. Vielleicht wird der



Monat des Präsidenten dem armen Teufel das Leben schenken, vielleicht aber läßt man der „Gerechtigkeit“ seinen Lauf; denn der „Tiger“ Clemenceau will Opfer sehen, insbesondere aber ist es ihm darum zu tun, Gailung für immer aus dem Wege zu räumen.

Der Schlußakt von Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 15. Februar.

Das jetzt veröffentlichte Protokoll über die letzten beiden Sitzungen in Brest-Litowsk läßt erkennen, daß Bolschewist Trotski bis zum letzten Augenblick bestritt war, die Delegationen der Mittelmächte über seine eigentlichen Absichten im klaren zu lassen. In der vorletzten Sitzung insbesondere, die sich mit der Grenzführung (zwischen Rußland und Deutschland wie Österreich-Ungarn) beschäftigte, erhob er Einspruch gegen die Anerkennung der Ukraine, nicht ohne daß Graf Gierke und Staatssekretär Kühlmann nachdrücklich hervorgehoben, es müsse den Mittelmächten überlassen bleiben, welche Staaten sie anerkennen wollten.

Der Abbruch der Verhandlungen.

In der letzten Sitzung gab Trotski zunächst die Erklärung ab, daß ihm von einem Befehl des russischen Oberkommandos, der die Soldaten ausmarche, deutsche Soldaten zum Vorgehen gegen Grenzstraßen und Offiziere zu bestimmen, nichts bekannt sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen führte Trotski aus, seine Delegation sei der Ansicht, daß nach den langen Verhandlungen nunmehr die Entscheidungshunde gekommen sei. Die Räter erwarteten mit Ungeduld das Ergebnis der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. — Nach Ausfällen gegen den Imperator der Welt erklärte er, Rußland wolle an dem Kriege seinen Anteil mehr haben, es sei nicht gemäß, daß Blut seiner Soldaten für die Interessen der einen Partei gegen die andere zu vergießen. Deshalb führe Rußland sein Heer und Volk aus dem Kriege heraus. Rußland gebe den Krieg auf und benachrichtige hierum alle Völker und ihre Regierungen. — Erbe den Befehl zu vollständiger Demobilisierung. — Rußland, die jetzt den Russen Deutschlands, Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegenüber. — Seine Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreich-ungarischen Besatzungen zu liquidieren. Rußland gebe aus dem Kriege heraus, sehr sich aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu verzichten. — Darauf erklärte der bekannte Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

Nach Ablauf des Waffenstillstandes.

Staatssekretär v. Kühlmann antwortete, wenn er den gegenwärtigen Zustand analysiere, so liege der Verdacht auf der russischen Regierung im Kriege. Die kriegsrechtlichen Bestimmungen seien durch den Waffenstillstandsvertrag

eingeleitet, wurden aber beim Zustandekommen des Waffenstillstandes nicht wieder aufleben. Wenn sein Gedächtnis ihn nicht trüge, besäße der Waffenstillstandsvertrag den Inhalt des Friedens als den eigentlichen Zweck seines Zwecks. Würde also mangelnd, blühte ein Friedensvertrag, der eigentliche Zweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vereinbarten Frist die Kriegshandlungen wieder ansetzen.

Herr v. Kühlmann erklärte ferner um Mitteilung, ob die russische Delegation neben der Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes auch eine solche über die Grenzen Rußlands abgeben wolle, sowie eine weitere, ob die Regierung der Volkskommission geneigt sei, die politischen und Handelsbeziehungen genau in denselben Umständen wieder aufzunehmen, wie sich dies aus einer Beendigung des Kriegszustandes natürlich ergeben würde. Diese Fragen seien wesentlich für die Beurteilung des Problems, ob der Vierbund mit Rußland im Kriege oder im Frieden lebe.

Trotski erklärte demgegenüber, seine Forderungen seien erledigt; seine Delegation habe es für unvernünftig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle weiteren Mitteilungen der Mittelmächte würden von der Regierung der Volkskommission geprüft werden. Auf eine Anfrage, auf welche Weise eine solche Verständigung erfolgen solle, antwortete Trotski, in Petersburg befänden sich zurzeit in Vertretungen des Vierbundes, die mit ihren Regierungen verfahren könnten.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Das Protokoll verzeichnet nichts über die üblichen diplomatischen Verhandlungen, nichts von einem Austausch von Botschaften — der Abbruch der Verhandlungen scheint also auch darüber, daß das Gepräge der Unmöglichkeit getragen zu haben, und mit Recht wird jetzt überall die Frage laut: Was nun? Die Beratungen in Großen Hauptquartieren werden über der Ungewißheit der Tage hinweg ein Ende nehmen.

Die Randvölker Rußlands.

Der Zusammenbruch des Zarenreiches und der damit begonnene Zerfall des bisherigen Reiches Rußland in seine aus den verschiedensten Völkern bestehenden Bestandteile hat eine Reihe von schwierigen politischen und völkerrechtlichen Fragen aufgeworfen. Unsere Interesse liegen hier an der deutsch-österreichischen Ökonomie liegenden Gebiete am nächsten. Der Arbeitskreis mit der neuen Völkergemeinschaft der Ukraine, das verheerende selbständige Rumänien, der polnische Staat, die Gestaltung der Dinge in Rußland, Estland, Lettland, Litauen nehmen einen breiten Raum im öffentlichen Meinungsaustausch ein. Der Diplomat sieht vor schwieriger und weittragender Aufgaben mancher Art, während im sich zerlegenden Rußland solche Lösung herrscht und kaum zu übersehen ist, welche erhebliche Gestaltung aus den Wirren hervorgehen wird. Unsere



Die Karte zeigt den Verfall des russischen Reiches und die damit begonnene Zerfall des bisherigen Reiches Rußland in seine aus den verschiedensten Völkern bestehenden Bestandteile hat eine Reihe von schwierigen politischen und völkerrechtlichen Fragen aufgeworfen. Unsere Interesse liegen hier an der deutsch-österreichischen Ökonomie liegenden Gebiete am nächsten. Der Arbeitskreis mit der neuen Völkergemeinschaft der Ukraine, das verheerende selbständige Rumänien, der polnische Staat, die Gestaltung der Dinge in Rußland, Estland, Lettland, Litauen nehmen einen breiten Raum im öffentlichen Meinungsaustausch ein. Der Diplomat sieht vor schwieriger und weittragender Aufgaben mancher Art, während im sich zerlegenden Rußland solche Lösung herrscht und kaum zu übersehen ist, welche erhebliche Gestaltung aus den Wirren hervorgehen wird. Unsere

Russische Vertrieppungsstatistik.

Ständige der deutschen Kommission aus Petersburg?

Die Tätigkeit der nach Petersburg entsandten deutschen Kommission ist in der letzten Zeit auf immer ansehnlicher geworden.

Verhandlungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten, ohne die nach Lage der Verhältnisse in Petersburg ein Fortgang der Verhandlungen nicht zu erzielen ist, werden den Mitgliedern der deutschen Kommission dadurch unmöglich gemacht, daß die russischen Volkskommissare, insbesondere Benin und Trost, andere dringende Geschäfte vorziehen. Dies ergab sich diese, bald ihre Gründe für die Verzögerung der Verhandlungen. Nachdem sich nun in den letzten Tagen auch noch der schwerwiegende Fall ereignet hat, daß in einer die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen betreffenden Angelegenheit die russische Regierung eine von ihr gegebene Zusage am nächsten Tage wieder zurückgenommen hat, besteht ernstlich die Frage, ob die weitere Kammereit der deutschen Kommission in Petersburg unter den derzeitigen Verhältnissen noch Zweck hat.

Maximalistische Demobilisierung.

Wie man in Petersburg über die Demobilisierung denkt, die erst angedacht und dann mental Standen später rückgängig gemacht werden ist, erzählt aus einem Rundfunk des Oberkommandierenden an der West- und Südwestfront. Danach soll parallel mit der Demobilisierung die Organisation der Roten Armee gehen, mit deren Hilfe die Folgen des Krieges rasch als Hausarbeit und das Volk zu einer gesunden Form des Schutzes von Land und Revolution gelangen soll.

Näherung der Kalandsinseln?

Auf Befehl der schwedischen Regierung reiste der Vertreter der Volkswehr-Regierung Worswils auf einem schwedischen Kriegsschiff nach den Kalandsinseln ab, um die dortigen russischen Soldaten dazu zu bewegen, sich Gewalttaten zu enthalten und Kaland auf geringste Weise, gegebenenfalls auf schwedischen Schiffen zu verlassen.

Rab und Fern.

• Weitere Steigerung der deutschen Valuta. Die deutsche Währung hat aus dem Friedensschluß mit den Ukrainern und Trost's Versicherung Nutzen gezogen. 100 Mark wurden am Sonnabend in der Schweiz mit 82,5 Frank (im Frieden 123 Frank) bezahlt, am Montag mit 87 und am Dienstag mit 89 Frank.

• Landverkehrsbeschränkungen nach Kraftwagenbesitz. Neben vielen anderen inoffiziellen Verfügungen hat der Krieg auch auf andere Verkehrsweisen Einflüsse bewirkt und unter anderem Art ausübt, deren Folgen auf die Volkswirtschaft für jeden satzige Unruhen und nicht näher geklärt zu werden brauchen. Am besten ist es eine der wichtigsten Arbeiten nach dem Friedensschluß beenden, die gestörten Verkehrsmittel nicht nur auf die alte Höhe zu heben, sondern sie weiter auszubauen und zu verbessern, damit die kommenden unruhigen Aufgaben in ausreichender Weise bewältigt werden können. Nicht zum wenigsten werden die öffentlichen Kraftwagenlinien in den Vordergrund der Aufmerksamkeit zu treten haben, da sie nicht allein der Personenbeförderung ausgedehnte Möglichkeiten bieten, sondern vor allem einen dem Güterverkehr von Ort zu

Ort einen raschen und billigen Verkehr geben sollen. Dieser außerordentliche Bedarf gerade der Landverkehrs- und des Postverkehrs als Zubehörsgeräten aus nicht nur in der Lage der Bevölkerung, sondern auch in der Lage der Wirtschaft selbst, wurde jedoch noch auf dem kürzlichsten Landverkehrsausschuß hervorgehoben, wobei die Verbindung von Landverkehrsbeschränkungen empfohlen wurde. Um die diese Fragen und ihre Wirkung auf andere Verkehrsmittel nicht nur in der Zukunft, sondern auch in der Gegenwart zu berücksichtigen, hat der Ausschuss in seinem ersten Teil „Öffentliche Kraftwagenlinien im Weltverkehr“ von Dr. Walter Rees, Oberleutnant in einem Kraftfahrzeugbataillon, beitragen können. Eine Verkehrslinie im Rahmen der öffentlichen Volkswirtschaftliche Analyse hat in der anstehenden Zeit des Rückschlusses, daß aber auch für die praktische Auslegung der Kraftwagen, die nach dem Krieg sich erheblich geändert haben, wichtige Rückschlüsse geben kann.

• Jutland des Jügendbeobachters. Bei der Jügendbeobachtung stellt sich die Entwicklung des Krieges außerordentlich eintönig dar. Nach den Mitteilungen des Preussischen Landeskriegs hat sich in Preußen der ansehnliche Gesamtbestand von 2000000 am 1. Dezember 1916 auf rund 2000000 am 1. Dezember 1916 vermehrt. Da die Siege von der weniger bemittelten Volksschicht hauptsächlich zur Mitgenussung gehalten wird, ist ihre zunehmende Verbreitung eine erfreuliche Erscheinung.

• Jugend von heute. Aus Berlin wird berichtet: Gerechte Empörung riefen bei den Mittelschichten ein paar dumme Jungen nach, die in einem Wagen zweiter Klasse von Altona nach Westfalen fuhren, Zigaretten rauchten und sie mit Pfeifchen anbrannten. Das kommt davon, wenn man junge Dickschädel, die kaum den Kinderdrehen entwachsen sind, und gar keine Ahnung vom Leben und seinen Anforderungen haben, unheimlich hohe Löhne zahlt.

• Eine ganze Schleichhändlergesellschaft verhaftet. Die Kölner Polizei hatte erfahren, daß eine Anzahl von Kölner Persönlichkeiten, die große Schleichhändlergeschäfte betrieben, in einem dortigen Hotel mit einem von Berlin kommenden Händler, der ebenfalls Schleichhändlergeschäfte im Großen betrieb, zusammengetroffen wolle, um ihm ihre Offerten zu machen. Der Berliner Goli wurde nun vor der Polizei am Bahnhof verhaftet. An seiner Stelle und unter seinem Namen lag ein Polizeibeamter im Hotel ab. Der Beamte ließ die Schleichhändler einzeln in ein Zimmer treten, notierte ihre genauen Vornamen und Offerten, worauf sie, als sie durch eine große Tür das Zimmer verlassen wollten, von einem anderen Polizeibeamten verhaftet wurden. 1. Aber wurden sieben Schleichhändler festgenommen.

• Wieder ein Erdbeben gemeldet. Der Erdbebenprotokoll der Königlich-Preussischen in Heidelberg meldete am 12. Februar ein heftiges Erdbeben. Der Ort dieses Bebens dürfte in Oßingen, nahe Worms, zu suchen sein.

• Das kaiserliche Ministerium gegen den Tanz. Der Landesverband der Sozialisten im Königreich Sachsen hatte durch Einreden bei den landständischen Stellen um eine

Verbotung des von den Generallandständen auf Anregung des kaiserlichen Ministeriums des Innern erlassenen Verbots des öffentlichen Tanzes nachgedacht. Das Ministerium hat sich jedoch gegen die Wiederannahme des öffentlichen Tanzes ausgesprochen.

• Vergeltende Vergeltung der Zeitungsbezugs-gelder. Die Besitzer von Zeitungen, die ein Verbotsschreiben haben, können jetzt auch die Bezugsgegner für solche Zeitungen, die die Zeitungsbesitzer durch ihre Seiten austragen lassen, im Verbotsschreiben begleiten. Zu dem Zwecke haben sie sich dem Zeitungsbesitzer gegenüber damit einverstanden zu erklären, daß die Bezugsgegner bei Fälligkeit, ohne daß der Besitzer eine Abrechnung ausstellt, durch Abbuchung von ihrem Verbotsschreiben bedingt werden.

• Die Leipziger Frühjahrsmesse. Die Zahl der Aussteller bei der am 3. März beginnenden Frühjahrsmesse ist nach den bis heute vorliegenden Anmeldungen auf 3100 gestiegen. Es ist dies die höchste Zahl seit Kriegsbeginn und übersteigt die Beteiligung an der letzten Herbstmesse um 600, an der Frühjahrsmesse 1917 um 700 Firmen. Die Gesamtzahl der am Geschäft beteiligten auswärtigen Besucher wird auf mindestens 60000 veranschlagt.

• Das Braunkohlenfundament gescheitert! Die Verhandlungen über die Bildung eines freiwilligen Fonds für den preussischen Braunkohlen-Bergbau stütz der Erde sind bei einer in Berlin abgehaltenen Sitzung der für die Bearbeitung der einschlägigen Fragen gemäßigten Sozialisten ausgedehnt gescheitert, nachdem sich von vornherein unüberwindliche Gegensätze in den Auffassungen über die Frage der Einführung einer Einheitsmarke innerhalb der beteiligten Werke herausgestellt hatten.

• Ein energischer Schmied. Wenig Frederick mit der Ambulanz macht noch einer Anzeige im „Siebenlehen Wochenblatt“ ein Schmiedemeister. Er läßt seinen Kunden folgendes wissen: „Denjenigen, denen meine Schmiedearbeiten für das Jahr 1917 zu teuer gewesen sind, aus Kenntnis, daß meine Werkstatt auf weitere bewachte Arbeiten verpflichtet. Sonst ist mir jeder andere Kunde jederzeit willkommen.“

• Jungfrauen, die nicht mehr angucken haben. Aus Jübingen in Thüringen wird geschrieben: Unter der Bedingung, daß sie „nichts mehr angucken hätten“, erließen wiederholt junge Mädchen bei dem hiesigen Bürgermeister, um Begünstigung zu erlangen. Ihm kam die Sache nicht recht geheißen vor, und er beschloß, die Beschäftigten auf eine Probe zu stellen. Einmal gab er die Erlaubnis zu einem Langtrinken, zu dem sich, wie erwartet, alle jungen Mädchen — auch diejenigen, die nichts mehr angucken hätten — einfanden, und in schönem zum Teil recht lustigen Gemüde geblieben. Aber auch der Bürgermeister war zur Stelle, um zu beobachten. Und da er sich grundsätzlich „nichts vormachen“ ließ, zog er am nächsten alle bewilligten Begünstigten wieder zurück.

Bermischtes.

Die belagerten Kassen des Schriftstellers. In dem Beiblatt der Stadt Schlichtern (Regierungsbezirk Kassel) erzählt Herr Wilhelm Hallmann, Schriftsteller und Übersetzer, folgende Erklärung: „Nachdem man hier von Seiten der städtischen Behörde so rüchrichtlos gegen mich, einen alten kranken Mann von 77 Jahren, gehandelt hat, daß man mir von meinem geringen Rentenposten noch zehn Renten genommen hat, habe ich mich veranlaßt, mein Haus in anderen Besitz übergeben zu lassen und Schlichtern zu verlassen, wo ich zehn Jahre gelebt habe. Wilhelm Hallmann, Schriftsteller und Übersetzer.“

Die deutsche Schule in Rom. Aus Anlaß der Rathgeburtstagsfeier trat die deutsche Schule in Rom zum erstenmal in die Öffentlichkeit. Aus einer Ferien-schule mit deutschen Sprachstufen hat sie sich allmählich zu einer deutschen Volksschule entwickelt. In den meisten Fällen handelt es sich um Kinder, deren Vater Deutscher, deren Mutter dagegen Belgierin ist. Die Kinder auf diesen Eben haben fast immer Französisch als Umgangssprache. Besonders ist auch der Besuch und die Entwicklung der Abendkurse, die in erster Linie für die belgischen Frauen deutscher Männer zur Erlernung der deutschen Sprache gedacht sind. Vermogen wird, den Besuch der Schule auch auf die außerhalb Roms wohnenden Kinder auszuweiten.

Wasserverschriften für Papierherzeugnisse. Demnach werden Kassen darüber laut, daß Papierherzeugnisse bei der Wäsche gehört werden. Um diesem Mangel zu begegnen, empfiehlt die Allgemeine Textilreinigung folgende Wasserverschriften: 1. Das Waschen, Reiben und Auswringen mit den Händen ist unter allen Umständen zu vermeiden. Auswringen mit Ring-maschine ist unbedenklich. 2. Die Reinigung erfolgt mit Wasser, warmem Wasser (nicht über 30 Grad Celsius) und Seife oder Seifenpulver. Nach dem Waschen muß die Ware in lauwarmem Wasser gründlich gespült werden. Nach dem Spülen empfiehlt sich die Trocknung auf der Sonne. 3. Es empfiehlt sich ein nicht zu heißes Bügeln in noch feuchtem Zustande auf der heißen Seite. Wenn diese Vorschriften beachtet werden, ist eine längere Haltbarkeit der Ware möglich.

Der Betrieb der deutschen Verbrennungshallen im abgelaufenen Jahre. Aus der Statistik, die die „Blätter“ über den Betrieb der 51 deutschen Verbrennungshallen im Jahre 1917 veröffentlicht, ergibt sich, daß 13942 Ein-sicherungen festgestellt haben; das sind 2479 mehr als im Jahre zuvor. 7933 der Verstorbenen waren männlichen, 6009 weiblichen Geschlechts; dem Befund nach 12061 evangelisch, 882 katholisch, 96 altkatholisch, 409 muslimisch, 505 waren entweder freireligiös oder Dissidenten oder ein Befund nach nicht angegeben. In 11476 häuslicher Fälle hat religiöse Feiern in der Versammlungshalle stattgefunden.